

CDU/CSU-Konferenz zum Regierungsprogramm

Bildungsoffensive für Migrantinnen im Fokus

zwd Berlin (tag). Die Parteien CDU und CSU streben eine Bildungs- und Ausbildungsoffensive für Migrantinnen an. Ihr gemeinsames, am 29. Juni in Berlin vorgestelltes Regierungsprogramm enthält im Kapitel „Vorfahrt für Integration“ die Forderung, Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund die Teilnahme an allen Angeboten des schulischen Lebens zu ermöglichen.

„Wir wollen ein Integrationsland sein“, hob Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in ihrer Rede zum Regierungsprogramm eine der politischen Schlüsselaufgaben ihrer Partei hervor. Deshalb sei es wichtig, dass Maria Böhmer (CDU) im Bundeskanzleramt die Verantwortung als Staatsministerin für Integration trage. An die migrantische Bevölkerung richtete Merkel ein Wahlversprechen: Wer sich für Deutschland engagiere und die deutsche Sprache erlernen wolle, solle die gleichen Chancen erhalten wie alle anderen. Frauen spielten für die Integration von zugewanderten Familien eine



Bundeskanzlerin Angela Merkel betrachtet Integration als Schlüsselaufgabe.

zentrale Rolle, unterstrich Böhmer, Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, am 6. Juli gegenüber dem zwd. Daher komme den Integrationskursen speziell für Frauen mit eigener Kinderbetreuung ein hoher Stellenwert zu: „Das gute Beherrschen der deutschen Sprache ist Grundvoraussetzung dafür, ein selbst bestimmtes Leben in Deutschland führen zu können und die Kinder auf ihrem Bildungsweg zu begleiten.“

Frauen und Mädchen aus allen Kulturkreisen die Teilnahme am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben zu

ermöglichen, wird im CDU/CSU-Programm als weiteres Integrationsziel formuliert. Gegen Menschen- und Frauenrechtsverletzungen in zugewanderten Familien – etwa bei Zwangsverheiraten – kündigte Böhmer ein schärferes Vorgehen an: „Im Kampf gegen Zwangsehen werden wir einen eigenen Straftatbestand für Zwangsheirat einführen.“

Wahlfreiheit für Familien

Die Frauenpolitik wird von den CDU- und CSU-Frauen nicht abgekoppelt von der Familienpolitik gesehen. „Diese Sichtweise bringen wir in unserem Programm mit dem Motto ‚Wahlfreiheit für Familien‘ auf den Punkt“, erläuterte Ingrid Fischbach, Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, im Gespräch mit dem zwd. Familien sollten selbst über ihre Lebensführung entscheiden – „und wir wollen unterstützend dafür sorgen, dass ihnen dies gelingt“, formulierte

Fortsetzung auf Seite 5

Dokumentation des CDU/CSU-Regierungsprogramms (in Auszügen)

Wahlfreiheit für Familien: Wir werden Ehe und Familie weiter stärken. Die Familie ist der Kern unserer Gesellschaft. Es ist unsere Politik, Familien Wahlmöglichkeiten zu schaffen und in unserer Gesellschaft insgesamt ein Klima zu fördern, das auf Respekt für unterschiedliche Lebensmodelle fußt. Dazu werden wir unsere Anstrengungen im Bereich des Ausbaus von Kinderbetreuungsplätzen für unter Dreijährige fortsetzen und ein Betreuungsgeld einführen.

Eiterngeld: Wir wollen das Eiterngeld weiterentwickeln und Eltern sowie Betriebe durch die Einführung eines Teileiterngeldes unterstützen: Eltern können wählen, ob sie einen vollen oder einen halben Eiterngeldmonat nutzen. Teileiterngeld kann dann bis zu 28 Monate bezogen werden.

Gleichberechtigung von Frauen und Männern: CDU und CSU wollen die Gleichberech-

tigung von Frau und Mann in allen Phasen ihres Lebenslaufes in einer partnerschaftlichen Gesellschaft verwirklichen. Frauen und Männer sollen sich in Freiheit und Verantwortung so entfalten können wie es ihren Neigungen und Begabungen entspricht.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Wir halten den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für selbstverständlich und lehnen unterschiedliche Entgelte für Frauen und Männer bei gleicher Arbeit ab. Die Wirtschaft muss dieses Prinzip pragmatisch umsetzen. Ein Instrument hierfür sind freiwillige Lohn-tests nach Schweizer Vorbild, die Transparenz schaffen.

Vereinbarkeit von Beruf mit Kindererziehung und Pflege: Grundvoraussetzung für wachsende Entgeltgleichheit ist die Akzeptanz, dass Kindererziehung und die Pflege von Angehörigen ebenso Aufgabe von Män-

nern wie Frauen ist. Darauf müssen Unternehmen ihre Arbeits- und Karrierestrukturen ausrichten. Tarifparteien müssen die Arbeitsbeschreibungen von typischen „Frauen- wie Männerberufen“ in den Tarifverträgen überprüfen. Darüber hinaus sind der Ausbau qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung, Ganztagschulen, Tagesangebote für pflegebedürftige Angehörige unverzichtbar.

Gewaltbetroffene Frauen: Wir wollen die Zugangsschwelle gewaltbetroffener Frauen zu Hilfsangeboten senken und ihnen durch die Einrichtung einer bundesweiten Notruftelefonnummer die Erstberatung anbieten. CDU und CSU messen der Arbeit der Frauenhäuser und anderer Unterstützungsangebote für von Gewalt betroffenen Frauen und Kindern große Bedeutung bei.

Das komplette Regierungsprogramm unter: www.cdu.de

Fortsetzung von Seite 4

Fischbach als Aufgabe der Unionsparteien. Um den Übergang in die Arbeitswelt für Berufsrückkehrerinnen zu erleichtern, sind aus Sicht von Fischbach „vernünftige Arbeitsmodelle und Weiterbildungsprojekte“ notwendig. Auch wollten CDU und CSU auf eine angemessene Berücksichtigung der Pflege- und Erziehungszeiten von Frauen und Männern hinwirken. Eine konsequenter Unterstützung sei für Alleinerziehende erforderlich: „Ich nenne hier den Kinderzuschlag – eine Leistung, die wir für diese Gruppe noch verbessern wollen“, so Fischbach. Welche Funktion dem Staat bei der Ermöglichung der Wahlfreiheit zukommt, beschrieb Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) auf der CDU/CSU-Konferenz: „Der Staat kann Rahmenbedingungen setzen, aber die Menschen müssen sie mit Leben füllen.“

Das im Regierungsprogramm verankerte Betreuungsgeld trägt eine deutliche Handschrift der CSU. „Mit Blick auf 2013 werden wir noch intensiv darüber beraten müssen, ob Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen wollen, die Leistung in Form einer Barzahlung oder im Rahmen von Gutscheinen erhalten“, umriss Fischbach den gegenwärtigen Diskussionsstand. Sie wies darauf hin, dass das Gutscheinmodell bereits erfolgreich praktiziert werde, beispielsweise in Hamburg. Dieses Modell könne dahingehend ausgebaut werden, dass Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen, die Gutscheine aber für andere, auf das Kind bezogene kulturelle Aktivitäten, etwa im Sportverein, einsetzen, schlug sie vor.

SPD: Kritik am Betreuungsgeld

Die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Caren Marks, kritisierte das geplante Betreuungsgeld als „bildungs- und gleichstellungspolitisch fatal“. Es würde vor allem Familien mit geringem Einkommen dazu verleiten, ihren Kindern zusätzliche frühkindliche Bildungschancen vorzuenthalten. Zudem böte diese finanzielle Leistung einen Anreiz für lange Erziehungspausen und berufliche Auszeiten.

Drogen- und Suchtbericht 2009

Alkoholvergiftungen: Rasanter Anstieg bei Mädchen

zwd Berlin (jvo). Unter den 10- bis 15-Jährigen ist die Zahl der Alkoholvergiftungen innerhalb eines Jahres um 15 Prozent angestiegen. 1.942 Mädchen und 1.837 Jungen mussten 2007 stationär behandelt werden. Eine wirklich erschreckende Entwicklung in dieser Altersgruppe sei der rasante Anstieg bei den Mädchen, betonte die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Sabine Bätzing (SPD). Bei ihnen stieg die Anzahl der Alkoholvergiftungen in den letzten sieben Jahren mit 101 Prozent doppelt so schnell wie bei den Jungen (49 %).

Dem am 4. Mai veröffentlichten Drogen- und Suchtbericht 2009 zufolge wurden insgesamt mehr als 23.000 Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 20 Jahren aufgrund einer Alkoholvergiftung in ein Krankenhaus eingeliefert.

Aktionsplan zur Tabakprävention liegt auf Eis

Auch das Rauchverhalten ist bei den schulaltrigen Mädchen im Vergleich zu den Jungen mittlerweile ausgeprägter. Unter den 15-Jährigen rauchen mindestens einmal pro Woche noch 22 Prozent der Schülerinnen und 17 Prozent der Schüler regelmäßig.

Um die Raucherinnenquoten nachhaltig zu senken, hatten sich Fachleute auf der Jahrestagung der Drogenbeauftragten im vergangenen Herbst für eine gendersensible Tabakpolitik ausgesprochen. Demzufolge sollen bei der Prävention mädchen- und frauenspezifische Motivationen – etwa in Bezug auf Figur und Gewicht – mehr Beachtung finden. Über die medizinischen und sozialen Versorgungsangebote würden Frauen und Mädchen

außerdem zu selten auf ihre Rauchgewohnheiten angesprochen.

Die Drogenbeauftragte hofft, einen „Nationalen Aktionsplan zur Tabakprävention“ noch in dieser Legislaturperiode wie geplant zu verabschieden. Bisher fehle ihr allerdings die Zustimmung aus den unionsgeführten Ministerien. Bätzing warf Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) und Verbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) eine Blockadehaltung aus wahltaktischen Gründen und mit



Drogenbeauftragte Sabine Bätzing (SPD)

Rücksicht auf Wirtschaftsinteressen vor.

Hoher Aufklärungsbedarf in der Schwangerschaft

Umfassenden Aufklärungsbedarf sieht die Drogenbeauftragte auch beim Thema Alkohol in der Schwangerschaft. Ihrem Bericht zufolge trinken 58 Prozent der Frauen trotz der bekannten Risiken für das Ungeborene während der Schwangerschaft. Jedes Jahr kommen in Deutschland bis zu 10.000 alkoholgeschädigte Kinder auf die Welt, davon 4.000 Kinder mit dem Vollbild des Fetalen Alkoholsyndroms (FAS), einer schweren körperlichen und geistigen Behinderung.

Aufklärung, Beratung und Prävention müssten sowohl bei Ärzteschaft, Hebammen als auch bei werdenden Müttern noch verbessert werden, mahnte Bätzing an. Spezielle Fragebögen auf freiwilliger Basis zur Identifikation eines riskanten Alkoholkonsums in der Schwangerschaft sowie besondere Schulungen für das medizinische Personal gehen nach Auffassung der Drogenbeauftragten in die richtige Richtung.

Der Drogen- und Suchtbericht unter www.gesundheit.zwd.info

**Leitantrag der 19. GMFK
„Frauen und Integration“
(in Auszügen)**

- Integration kann nur gelingen, wenn die Rolle der Frauen im Migrationsprozess gesehen und berücksichtigt wird. [...]
- Frauen mit Zuwanderungsgeschichte sind keine homogene Gruppe. Eine generalisierende Wahrnehmung greift daher deutlich zu kurz. [...]
- Das Wissen über Frauen mit Zuwanderungsgeschichte muss erweitert werden. Für differenziertes und zielgruppengerechtes Handeln fehlt es noch weitgehend an belastbarem Datenmaterial. [...]
- Bildung als zentrale Voraussetzung für einen erfolgreichen Integrationsprozess und für gesellschaftlichen Aufstieg muss allen Frauen mit Zuwanderungsgeschichte gleichermaßen offen stehen. [...] Besondere Bedeutung kommt dabei einerseits dem Erwerb ausreichender Deutschkenntnisse zu. [...]
- Die beruflichen Leistungen und Potenziale von Frauen mit Zuwanderungsgeschichte müssen stärker in den Fokus öffentlicher Wahrnehmung und staatlichen Handelns gelangen. [...]
- Der gewaltbelasteten Situation vieler Frauen mit Zuwanderungsgeschichte ist Rechnung zu tragen. [...]
- Eine verstärkte gesellschaftliche und politische Partizipation von Frauen mit Zuwanderungsgeschichte ist für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft unerlässlich. [...]
- Ein geschlechtersensibler Blick auf weibliche Migration und Integration muss auch Männer einbeziehen. [...]
- Integration lebt von der Begegnung und dem Austausch auf gleicher Augenhöhe.

Der vollständige Leitantrag unter www.mgffi.nrw.de/frauen/

**GFMK – Konferenz der FrauenministerInnen
Verlängertes Rückkehrrecht für
Zwangsverheiratete angemahnt**

zwd Nettetal (jvo). Die Gleichstellungs- und FrauenministerInnen der Länder haben auf ihrer gemeinsamen Fachkonferenz (GFMK) im nordrhein-westfälischen Nettetal ein verlängertes Rückkehrrecht für Opfer von Zwangsverheiratungen gefordert. Das Thema „Frauen und Integration“ bildete den Schwerpunkt der Konferenz am 18. und 19. Juni.

Junge Frauen, die im Ausland zwangsverheiratet wurden, sollen auch noch nach Ablauf der regelmäßigen Rückkehrfrist von sechs Monaten wieder zurück nach Deutschland kommen können, erläuterte NRW-Frauenminister und diesjähriger Vorsitzender der Konferenz, Armin Laschet (CDU). Hierfür soll die Bundesregierung in den allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Aufenthaltsgesetz mit geeigneten Hinweisen klarstellen, dass Opfern von Zwangsverheiratung eine Rückkehrmöglichkeit auch in Abweichung von den gesetzlich geregelten Fristen gewährt werden kann.

Die Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes lobte diesen Ansatz. Häufig würden Frauen viele Jahre im Herkunftsland ihrer Eifern festgehalten und warteten verzweifelt auf eine Möglichkeit zur Flucht, so Christa Stolle, Bundesgeschäftsführerin von Terre des Femmes. Diese Frauen seien entsetzt, wenn sie erfahren, dass sie nicht mehr in Deutschland leben dürfen. Bisher erlischt ihr Aufenthaltsstatus, wenn sie nicht innerhalb von sechs Monaten zurückkehren.

Konzept zur Intervention bei Zwangsverheiratung

Ebenfalls auf der Tagesordnung der 19. GMFK stand die Frage der sicheren Unterbringung von Zwangsheiratsopfern. Diesbezüglich wurde die JugendministerInnenkonferenz gebeten, zusammen mit der FrauenministerInnenkonferenz und den für Integration zuständigen Ministerien ein

Konzept zur Krisenintervention zu entwickeln. Insbesondere den jungen Volljährigen müssten niedrigschwellige Beratungsangebote und wohnortferne Zufluchtsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. „Ein wirksames Hilfesystem bedarf einer umfassenden Konzeption, da eine ausschließliche Fokussierung auf Krisenplätze



Vorsitzender der 19. GMFK, NRW-Frauenminister Armin Laschet (m.), und KonferenzteilnehmerInnen

der komplexen Problemlage nicht hinreichend Rechnung trägt“, kommentierte die baden-württembergische Sozialministerin und Beauftragte für Chancengleichheit, Monika Stolz (CDU), die Beschlussvorlage ihres Bundeslandes.

Stärkung von Frauen in MigrantInnenorganisationen

Brandenburgs Sozialministerin und Landesgleichstellungsbeauftragte Dagmar Ziegler (SPD) hob auf der Konferenz die Rolle von ehrenamtlich engagierten Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund hervor. Viele von ihnen seien aktiv in der ehrenamtlichen Arbeit, betonte Ziegler. In Leitungspositionen der Mi-



grantInnenorganisationen seien allerdings eher Männer vertreten und frauenspezifische Belange würden in der Integrationsarbeit häufig hintangestellt. Durch spezifische Förderprogramme soll die Bundesregierung nun die Rolle der Frauen in den MigrantInnenorganisationen stärken, so der Beschluss der GMFK auf Initiative Brandenburgs. Explizit werden darin Bildungsmaßnahmen für Migrantinnen in ihren ehrenamtlichen Tätigkeiten gefordert, deren Vernetzung zur effektiveren Interessenvertretung sowie die Durchführung von Mentoringprogrammen.

Über 30 Beschlüsse auf 50 Seiten fassten die Gleichstellungs- und FrauenministerInnen auf ihrer Konferenz. Neben dem Thema der Integration standen Beschlussfassungen zu den Themen Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Steuerrecht, Gesundheit, soziale Sicherung und Wissenschaft zur Abstimmung.

Erster regionaler Armutsatlas für Deutschland – Für Erhöhung der Hartz-IV-Sätze

„Die Bundesrepublik Deutschland ist hinsichtlich der Armutsentwicklung ein zutiefst zerrissenes Land. Ganze Regionen drohen in einen Teufelskreis der Verarmung zu geraten.“ Diese Feststellung trifft der „Erste Armutsatlas für Regionen in Deutschland“, den der Paritätische Wohlfahrtsverband in Berlin vorgestellt hat. Bei einer bundesweit durchschnittlichen Armutsquote von 14,3 % reichen die regionalen Armutsquoten von 7,4 % im Schwarzwald bis 27,0 % in Vorpommern. „Wir haben uns viel zu lange durch bundesweite Durchschnittsquoten blenden lassen. Der Mensch lebt aber in der Region, nicht im Durchschnitt“, betonte der Hauptgeschäftsführer des Verbandes, Ulrich Schneider. Als arm gilt nach einer EU-Norm, wer in dem Land, wo er lebt, weniger als 60 % des mittleren Einkommens zur Verfügung hat. Das mittlere Einkommen lag 2007 für einen Alleinstehenden in Deutschland bei 764 €, für einen Alleinerziehenden mit einem Kind bei 994 €, ein Kinderloses Paar bei 1.376 € und für ein Paar mit 2 Kindern bei 1.835 €. Scharfe Kritik übte der Paritätische Wohlfahrtsverband in diesem Zusammenhang am Konjunkturpaket II der Bundesregierung. Die 10 Milliarden Bundesmittel für Bildung und kommunale Infrastruktur flössen „zu einem Drittel in die 3 Bundesländer, die mit Abstand die geringsten Armutsquoten aufweisen“. Es sind dies Baden-Württemberg (10,0 %), Bayern (11,0 %) und Hessen (12,0 %). Eine solche Aufteilung sei „ökonomisch unvernünftig und sozial ungerecht“. „Konjunkturpolitisch sinnvoll“ sei hingegen, den Konsum durch eine Erhöhung der Hartz-IV-Sätze von 351 auf 440 € zu stärken. Dieses Geld würde, so HGF Schneider, „garantiert nicht auf Sparkonten landen“. Außerdem werde es dazu beitragen, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht noch weiter auseinander gehe. (pfd 27.05.09)



„Im Lenkungsrat für Unternehmensfinanzierung gibt es keine Rätin“

„Mit großem Befremden und Unverständnis“ hat der Deutsche Frauenrat zur Kenntnis genommen, dass dem „Lenkungsrat Unternehmensfinanzierung“ keine einzige Frau angehört. Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg habe ausschließlich Männer in das Gremium berufen, bemängelte die Dachorganisation der bundesdeutschen Frauenverbände. Dem Lenkungsrat, so wird betont, würden Bürgschaften des Bundes von über 300 Millionen Euro, Kredite von über 150 Millionen Euro sowie Fälle von grundsätzlicher Bedeutung vorgelegt. Das Bundesgremienbesetzungsgesetz heiße, fordere hingegen ausdrücklich die gleichberechtigte Berücksichtigung von Frauen und Männern. (pfd 27.05.09)

FES-Tagung zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Nur knapp zehn Prozent der Väter nehmen Teilzeit aus familiären Gründen

zwd Berlin (jz). Nach wie vor nehmen viele Väter in Deutschland die Rolle des Haupternährers in der Familie ein. Um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Geschlechter zu erreichen, plädierten ExpertInnen auf der Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Unternehmen Vereinbarkeit: Reif für neue Väter?“ (FES) am 22. April für eine Neuorganisation der Arbeitszeit.

Die ReferentInnen der Tagung betonten, dass weniger flexible sondern vielmehr kürzere Arbeitszeiten notwendig seien. Fast unbemerkt habe sich in Deutschland eine Arbeitskultur mit höheren Beschäftigungszeiten und Wochenendtätigkeit eingeschlichen.

Überdies hinaus müsse ein Wertewandel in der Gesellschaft stattfinden. „Männlichkeit muss in den Köpfen mit fürsorglicher Tätigkeit vereinbar sein“, betonte Christina Klenner, Referatsleiterin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI). Zu wenig Krippenplätze und ein fehlendes Ganztagsbetreuungssystem seien ebenfalls ausschlaggebend für die ungleiche Aufgabenverteilung in vielen Haushalten.

Wenige Frauen als „Haupternährerinnen“

„Durch Veränderungen in der Familiengesetzgebung haben sich seit 2001 drastische Wandlungen in den vorherrschenden Familienformen ergeben“, erklärte Klenner. Die klassische „Hausfrauenehe“ sei stark zurückgegangen und werde zunehmend durch die „Zuverdienerinnenehe“ ersetzt, in der die Frau ein zweites, jedoch meist geringeres Gehalt in den Haushalt einbringe. „Während 58,9 Prozent Zuverdienerinnen sind, sind nur 24,2 Prozent egalitäre Miternährerinnen und 9,9 Prozent die alleinigen Familienernährerinnen“.

Zuversichtlich stimmten jedoch die positiven Tendenzen, welche auch im Bereich der Elternteilzeit erkenn-

bar sind, die Erledigung unangenehmer Hausarbeit auf den Schultern der Frauen, während Männer ihren Beitrag eher in der Spiel- und Freizeit der Kinder ableisteten. Dieter Steinecke (SPD), Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, unterstrich in seinem Vortrag die Bedeutung der Entgeltgleichheit und einer angemessenen Repräsentation weiblicher Füh-

Männer gehen kaum in Teilzeit

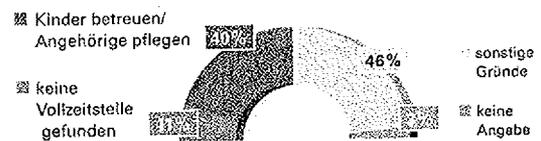
Von 5,4 Millionen erwerbstätigen* Müttern mit Kindern unter 18 Jahren arbeiten in ...



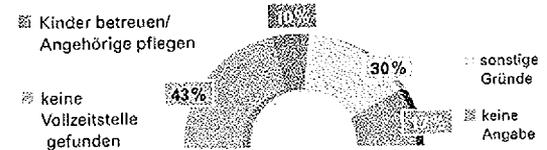
Von 6,5 Millionen erwerbstätigen* Vätern mit Kindern unter 18 Jahren arbeiten in ...



Als Grund für ihre Teilzeittätigkeit geben Mütter an ...



Als Grund für ihre Teilzeittätigkeit geben Väter an ...



* ohne vorübergehend Beurlaubte; Mikrozensus 2007; Vollzeit/Teilzeit nach Selbsteinstufung der Befragten
Quelle: Statistisches Bundesamt 2008; Hans-Böckler-Stiftung 2008

bar selen. Während 2001 nur 1,5 Prozent der Väter ihren Erziehungsurlaub in Anspruch genommen hätten, wären es 2008 bereits 18 Prozent gewesen. Hierbei müsse jedoch auch beachtet werden, aus welchen Motiven heraus Männer ihre Teilzeit beantragten. „Nur knapp zehn Prozent der Männer nehmen ihre Teilzeit aus familiären Gründen“, erklärte Klenner. Eine weitaus größere Rolle bei der Inanspruchnahme der Elternteilzeit spielten gesundheitliche Gründe, Fortbildungen oder die Tatsache, dass keine Vollzeitstelle gefunden wurde (vgl. Grafik).

„Familienarbeit muss endlich ein Thema werden“, unterstrich auch Stefan Reuyß, Gründungsmitglied des Instituts für sozialwissenschaftlichen Transfer (SowiTra). Zu häufig laste

rungskräfte. Um den Gender Pay Gap verringern zu können plädierte Steinecke stark für die Einführung von Mindestlöhnen.

Dass Familienfreundlichkeit sich auch aus betrieblicher Sicht rechnet, zeigen Studien und Umfragen des Bundesfamilienministeriums (BMFSFJ). Danach gebe es in familienfreundlichen Unternehmen:

- deutlich weniger Fehlzeiten bei den Angestellten,
- produktivere Beschäftigte,
- höhere Unternehmensbindungen der Beschäftigten,
- ein besseres Image.

Eine familienbewusste Personalpolitik ist dem BMFSFJ zufolge deshalb eine Investition, die sich rentiert.

Gender Budgeting

Aus Anlass der Europawahlen hat das Netzwerk GMEI (Gender Mainstreaming Experts International) „Wahlprüfsteine“ erarbeitet, die einen konkreten gleichstellungspolitischen Forderungskatalog umfassen. Darin wird daran erinnert, dass sich die Regierungen vor 10 Jahren auf der Weltfrauenkonferenz in Peking zu Gender Budgeting verpflichtete hätten. „Um das Ziel der Umsetzung von Gender Budgeting bis 2015 zu erreichen, sind konzertierte Maßnahmen nötig. Das Europäische Parlament sollte in seiner Gesetzgebungs- und Kontrollkompetenz weiterhin Vorreiterin in Sachen Geschlechtergerechtigkeit in der EU sein“, so das Netzwerk. Als Maßnahmen werden von den Expertinnen insbesondere empfohlen:

- einen eigenen Fahrplan zur Umsetzung und Finanzierung von Gender Budgeting in der EU und ihren Mitgliedsstaaten auszustellen.
- die Partizipation von zivilgesellschaftlichen Gruppen und Expertinnen bei der Formulierung des Fahrplans und seiner Umsetzung zu fördern,
- sich für die Integration von Gleichstellungszielen in alle finanz- und haushaltspolitischen Strategien einzusetzen.
- sicherzustellen, dass alle EU-Maßnahmen und -Strategien einer Wirkungsanalyse auf die Geschlechterverhältnisse unterzogen werden,
- jede Übereinkunft, die sich auf den Haushalt bezieht und nicht den Prinzipien der Geschlechtergerechtigkeit entspricht, abzulehnen,
- Fördermittel für nichtstaatliche Gender Budgeting-Initiativen bereitzustellen und den Aufbau eines europäischen Netzwerks zu unterstützen,
- Gender Budgeting zu einer der Prioritäten des Europäischen Gender Instituts zu machen und eine europaweite Kampagne zu Geschlechtergerechtigkeit mit öffentlichen Finanzen zu finanzieren. (fpd 19.05.09)

Frauenquote – Gleichstellungsgesetz

Für die Einführung einer Frauenquote, aber gegen ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft hat sich die Präsidentin des Verbandes Deutscher Unternehmerinnen, Petra Ledendecker, ausgesprochen. Eine Frauenquote müsse „Teil des Aktiengesetzes“ werden. Der VdU sei bereit, Unternehmen bei der Benennung geeigneter Kandidatinnen für ihre Aufsichtsorgane zu unterstützen. Ledendecker betone in diesem Zusammenhang, dass sie ein verbindliches Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft demgegenüber „strikt“ ablehne. (fpd 27.05.09)

Frauen in Aufsichtsräten

„Arbeitnehmermitbestimmung führt zu einem deutliche höheren Frauenanteil in Aufsichtsräten. In mitbestimmten Kontrollgremien sind insgesamt 11,7 % der Mitglieder weiblich. Knapp 80 % davon sind Arbeitnehmervertreterinnen. In Aufsichtsräten ohne Mitbestimmung sind weibliche Mitglieder mit einem Anteil von 2,6 % nach wie vor extrem selten.“ Dies ergab eine aktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung. Ohne Mitbestimmung wäre der Frauenanteil noch weit geringer, wird betont. Wörtlich: „Denn in den 103 mitbestimmten Aufsichtsräten, in denen je nach Unternehmensgröße ein Drittel oder die Hälfte der Mitglieder von den Arbeitnehmern gestellt werden, unterscheiden sich Arbeitnehmer- und Kapitalbanken deutlich. Auf Beschäftigtenseite liegt der Frauenanteil bei 19,3 %. Bei den Anteilseignern sind es lediglich 4,8 %. Insgesamt ergibt das einen Frauenanteil von 11,7 %. Immerhin: Die Tendenz ist auch auf der Kapitaleignerseite leicht steigend. Offenbar trägt die Mitbestimmung dazu bei, dass auch auf Anteilseignerseite mehr Frauen gewählt werden. Sie scheint dort einen disziplinierenden Effekt zu haben.“ (fpd 19.05.09)

Deutscher Juristinnenbund zur Reform des Zugewinnausgleichs

Der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djb) begrüßt in seiner Pressemitteilung vom 14. Mai 2009 zur Reform des Zugewinnausgleichs die Änderungen, die der Rechtsausschuss bei der Reform des Zugewinnausgleichs vornehmen will. So soll es künftig zwei Stichtage geben, zu denen sich die Ehepartner Auskunft über ihr Vermögen erteilen müssen: einmal zum Zeitpunkt der Trennung und dann zum Zeitpunkt der Zustellung des Scheidungsantrags. Reduziert sich in diesem Zeitraum das Vermögen, so muss derjenige, der sich auf den Schwund beruft, beweisen, was mit dem Vermögen geschehen ist. Weitere Informationen und Wortlaut der Pressemitteilung: <http://www.djb.de/Kommissionen/kommission-zivil-familien-und-erbrecht/PM09-07/>

Versorgungsausgleich

Ein Ehevertrag, der den Versorgungsausgleich der wegen der Kindererziehung zu Hause bleibenden Partnerin ausschließt, ist als sittenwidrige Benachteiligung der Frau rechtsunwirksam (Bundesgerichtshof, XII ZR 6/0/) (fpd 27.05.09)



So können MitarbeiterInnen Elternzeit übertragen

Elternzeit können beide Elternteile beanspruchen – Mutter oder Vater. Bei der Geburt eines zweiten Kindes können Ihre Mitarbeiter die Elternzeit unterbrechen und später nachholen. Dies geht aus einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts hervor (BAG, Urteil vom 21.4.2009, AZ: 9 AZR 391/08).

Der Fall:

Eine Mitarbeiterin beantragte drei Jahre Elternzeit für ihr erstes Kind. Nachdem knapp zwei Jahre dieser Elternzeit abgelaufen waren, kam das zweite Kind der Beschäftigten zur Welt. Auch für dieses Kind beantragte sie drei Jahre Elternzeit. Die Frau wollte die restliche Elternzeit für ihr erstes Kind deshalb unterbrechen und an die Elternzeit für das zweite Kind „anhängen“. Dagegen stellte sich die Arbeitgeberin quer. Sie verweigerte der Mitarbeiterin die Übertragung der ersten Elternzeit.

Das Urteil: Erfolg für die Mitarbeiterin

Die Klage der Mitarbeiterin gegen diese Weigerung hatte in allen Instanzen Erfolg. Die Arbeitgeberin könne ihre Zustimmung zu einer solchen

LAGaxelle 3/2009

65

Übertragung nur aus dringenden betrieblichen Gründen verweigern, befanden die obersten Arbeitsrichter. Derartige Gründe konnte das Unternehmen hier aber nicht anführen.

Das bedeutet das Urteil für Sie:

Der Anspruch auf Elternzeit besteht bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres eines Kindes – und verfällt auch nicht. Ihre Mitarbeiter dürfen nicht genommene Zeiten später nachholen.

Diese drei Kombinationen sind nach der Mutterschutzfrist möglich:

1. Ein Elternteil kann die gesamte Elternzeit vollständig oder teilweise nehmen. Im zweiten Fall kann der Mitarbeiter/ die Mitarbeiterin den verbliebenen Teil der Elternzeit auf einen späteren Zeitpunkt – und zwar bis zum neunten Geburtstag des Kindes – übertragen. Die Voraussetzungen hierfür sind:
 - Der verbliebene Teil muss mindestens zwölf Monate umfassen.
 - Der Mitarbeiter/die Mitarbeiterin muss einen entsprechenden Antrag stellen
 - und der Arbeitgeber muss zustimmen. Ablehnen darf er nur aus dringenden betrieblichen Gründen.
2. Beide Elternteile können je einen Teil der Elternzeit in Anspruch nehmen (in diesem Fall ist die Elternzeit aber auf insgesamt drei Jahre begrenzt).
3. Beide Elternteile können die Elternzeit gleichzeitig in Anspruch nehmen (in diesem Fall ist die Elternzeit ebenfalls auf insgesamt drei Jahre begrenzt).

Quelle: Newsletter@news.bwr-media.de

Keine Diskriminierung von männlichen Bewerbern

Arbeitgeber verletzen den arbeitsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatz, wenn sie gegen ein gesetzlich normiertes Benachteiligungsverbot verstoßen. Seit dem 18. August 2006 ist dieses Verbot im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) geregelt. Ziel des Gesetzes ist, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.

Für das Landesarbeitsgericht Düsseldorf stellt es keinen Verstoß gegen das AGG dar, wenn in Stellenausschreibungen für Bereiche, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, ein besonderes Interesse an Bewerbungen von Frauen zum Ausdruck gebracht wird. Danach ist es auch nicht zu beanstanden, wenn in einer ansonsten geschlechtsneutralen Stellenausschreibung bzw. -anzeige darauf hingewiesen wird, dass Bewerbungen von Frauen ausdrücklich erwünscht sind und Bewerberinnen bei gleicher Eignung grundsätzlich bevorzugt berücksichtigt werden. Das Gericht wies mit dieser Begründung die Schadensersatzklage eines nicht berücksichtigten Stellenbewerbers ab, der sich durch die Stellenausschreibung einer Stelle im öffentlichen Dienst des Landes NRW gegenüber weiblichen Bewerberinnen benachteiligt sah. Urteil des LAG Düsseldorf vom 12.11.2008 Aktenzeichen: 12 Sa 1102/08

Neue Studie

Eine neue Untersuchung über „Gewalt gegen Frauen in Paarbeziehungen“ hat das Bundesfrauenministerium vorgelegt. Die Ergebnisse seien „erschreckend“, betonte Ministerin von der Leyen. Das Resümee der Studie wurde so zusammengefasst: „Frauen werden keineswegs nur in sozialen Brennpunkten von ihrem männlichen Partner geschlagen, vergewaltigt, beschimpft oder gedemütigt. Auch in mittleren und hohen Bildungs- und Sozialschichten werden sie in einem viel höheren Maß Opfer von Gewalt, als dies bislang bekannt war.“ Konkret wurde ermittelt:

- Trennung oder Scheidung erhöhen deutlich die Gefahr für Frauen, Opfer körperlicher oder sexueller Gewalt zu werden.
- In fast 2/3 der Fälle ist schwerste Gewalt gegen Frauen mit einem erhöhten Alkoholkonsum des Täters verbunden.
- Frauen unter 35 werden häufiger und stärker misshandelt, insbesondere wenn beide Partner sich in einer schwierigen sozialen Lage befinden.
- Frauen über 45 sind vor allem dann von Gewalt betroffen, wenn sie über eine höhere Bildung verfügen oder wenn sie bei Bildung, Beruf und Einkommen dem Partner gleichwertig oder überlegen sind und damit traditionelle Geschlechterrollen in Frage stellen.
- Fast 70 % der von Gewalt betroffenen Frauen beziehen ein eigenes Einkommen, gut ein Drittel verfügt sogar über mittlere bis hohe Einkommen. Mehr als 60 % der betroffenen Frauen haben einen mittleren oder hohen Schulabschluss und einen qualifizierten Beruf.

(fpd 12.05.09)

Behinderte Frauen sind sexuellen Übergriffen stärker ausgesetzt als nichtbehinderten

Frauen mit Behinderung seien „vor allem sexualisierten Übergriffen noch stärker ausgesetzt als nicht behinderte Frauen“. Hierauf und auf die „immer noch diskriminierenden Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen und Männern mit Behinderungen hat der Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (bff) hingewiesen. Auch seien viele behinderte Mädchen und Frauen tagtäglich Gewalt z. B. in Form von sexuellen Übergriffen und Misshandlungen ausgesetzt. „Kaum jemand denkt an Frauen und Mädchen mit Behinderungen, wenn über Gewalt gegen Frauen und Mädchen gesprochen wird – doch Untersuchungen zeichnen ein anderes Bild“, betonte der bff und fügte hinzu: „Aus ihrer Unterstützungsarbeit wissen die Fachfrauen zum Thema Gewalt, dass behinderte Menschen oft geschlechtslos wahrgenommen werden“. Frauen mit Behinderung seien sexualisierten Übergriffen stärker ausgesetzt als nicht behinderte Frauen. Der bff bemängelte in diesem Zusammenhang, dass es „in Deutschland noch immer kein Recht auf eine gleichgeschlechtliche Assistenz gibt“.

(fpd 05.06.09)

Statistische Daten zur geschlechtsdifferenzierten Gesundheitsforschung

Lebenserwartung (in Jahren) (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Frauen	82,3
Männer	77,1

Was die Lebenserwartung mindert (Quelle: Rostocker Zentrum zur Erforschung des demographischen Wandels; Angaben für 50-Jährige)

Manche Faktoren verkürzen das Leben stärker als andere. Verglichen mit einem sehr gesund lebenden Mann verliert ein Trinker statistisch 16,2 Lebensjahre. Eine alkoholranke Frau büßt 23,1 Jahre ein.

Starker Alkoholkonsum

Frauen	- 23,1
Männer	- 16,2

Bluthochdruck

Frauen	- 12,4
Männer	- 7,4

Geringe Bildung

Frauen	- 9,1
Männer	- 7,2

Allein lebend

Frauen	- 4,9
Männer	0

Sterblichkeit bei Herzinfarkt in Prozent (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Frauen	13,6
Männer	9,0

2007 wurden in deutschen Kliniken 214.671 Herzinfarkt-PatientInnen behandelt. Anteilig starben mehr Frauen als Männer - unter anderem, weil sie beim Infarkt oft älter sind.

Teilnehmende an Vorsorgekursen in Prozent für das Jahr 2005 (Quelle: Spitzenverbände der Krankenkassen)

Bewegung

Frauen	75
Männer	25

Ernährung

Frauen	80
Männer	20

Stress

Frauen	83
Männer	17

Suchtmittel

Frauen	55
Männer	45



Handbuch

„Frauen stärken“

Von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ist das Handbuch „FrauenStärken“ herausgegeben worden. Gleiche Rechte zu haben bedeutet noch nicht, auch gleiche Chancen zu haben, aber die Rechte zu kennen eröffnet Wege zu mehr Chancengleichheit. Das Handbuch FrauenStärken will Gleichstellungsbeauftragte, Personalrät/innen und Personalverantwortliche dabei unterstützen, Personalpolitik im Schulbereich diskriminierungsfrei zu gestalten.

Im Fokus ist zwar der Schulbereich, aber auch für Gleichstellungsbeauftragte aus anderen Bereichen öffentlicher Verwaltungen ist der Leitfaden ungemünzlich. Download:

www.gew.de/Binaries/Binary45562/GEWBuch_online.pdf

Riss durchs Leben – Erinnerungen ukrainischer Zwangsarbeiterinnen im Rheinland

Eine Wanderausstellung des Landschaftsverbandes Rheinland mit Unterstützung durch die Europäische Union kann ausgeliehen werden, mit Katalog und CD ROM. Mitlieferung von Plakaten und Flyern

möglich. Schulklassen können ausstellungsbegleitendes Material anfordern. Weitere Informationen: Landschaftsverband Rheinland, Rheinische Archivberatung, Ehrenfriedstr. 19, 50259 Pulheim, Tel.: 02234-798.543.58, E-Mail: bettina.bouresh@ivr.de



Der „Burnout“ wird immer mehr zur Frauensache

Das Burnout-Syndrom werde „immer mehr zur Frauensache“, schreibt „die Pastille“, das Organ des Verbandes in der Praxis mitarbeitender Arzt-frauen e.V. Die Psychotherapeutin Dagmar Ruhwandl, Lehrbeauftragte an der TU München, nennt als Grund, „dass Frauen zunehmend ein neues Gesundheitsverhalten zeigen“. Dieses werde „männlicher“, d.h. sie gehen später zum Arzt und reagieren weniger sensibel im Hinblick auf ihre Gesundheit“. Wörtlich weiter: „Hinzu kommen andere Lebens- und Arbeitsbedingungen. Viele Frauen arbeiten in sozialen, helfenden Berufen und dort kommt Burnout häufiger vor, weil oft die positive Rückkoppelung fehlt. Auch müssen sie oft mehrere Dinge unter einen Hut bringen – Beruf, Familie, Haushalt“.

(fpd 05.06.09)



So war's

1978 - Sexismus-Klage EMMA vs. Stern

- Samstag, 26. Juli 2008, 18.50 - 19.30 Uhr .



Sind nackte Frauenpos auf Titelblättern sexistisch oder schön? Um diese Frage entbrennt im Juli 1978 ein heftiger Streit. EMMA-Herausgeberin und neun weitere Frauen fühlen sich von drei Stern-Titelblättern in ihren Persönlichkeitsrechten gekränkt, hier werde "weibliche Unterlegenheit und männliche Dominanz" suggeriert. Zwar wird die Klage vor dem Hamburger Landgericht abgeschmettert, dennoch ist das Thema bis heute aktuell. Im Internet und im Fernsehen, in Zeitschriften und auf Plakatwänden - egal, wohin man schaut, sieht man nackte Frauen. Was ist geblieben von der Diskussion von 1978, was hat sich verändert? Die Sexismus-Klage und ihre Folgen.

Drei nackte Frauen spalten die Nation

Sommer 1978: Drei mehr oder weniger nackte Frauen spalten die Nation. Der Stern findet die Fotos ästhetisch, EMMA-Herausgeberin Alice Schwarzer hingegen sieht die Bilder ganz anders. Für sie ist ein unerträgliches Maß an Diskriminierung erreicht. "Wir werden nicht nur als Sexualobjekt dargestellt, es ist noch viel viel schlimmer: Wir werden auf eine Art und Weise dargestellt, die erniedrigend ist. Wir werden als Wesen dargestellt, mit denen man anfangen kann was man will, egal ob es im Bett ist, auf der Straße oder im Büro - und das ist das Problem."

Prozess wird Medienspektakel



Stern-Herausgeber Henri Nannen findet die Frauenpos knackig und den Prozess völlig überflüssig. Für ihn steht fest: Die EMMA-Redaktion nutzt das Sommerloch für Werbung in eigener Sache. "Sie haben die gesamte Werbung angegriffen, aber sie haben den Stern herausgepickt, weil sie glaubten, damit am meisten Furore zu machen können." Tatsächlich wird der Prozess zum Medienspektakel. Neben Alice Schwarzer klagen auch

prominente Frauen wie Inge Meysel gegen die Illustrierte. Zwar äußert der Richter Verständnis, doch die EMMA-Klage wird wie erwartet abgelehnt. Trotzdem sind die Klägerinnen hochzufrieden, sie haben ihr Ziel erreicht, so Alice Schwarzer. "Wir wussten, dass wir nicht gewinnen konnten. Es gab ja kein Gesetz. Mit diesem Prozess wollten wir a) klar machen, dass es dieses Gesetz gegen Sexismus nicht gibt, und b) war es natürlich eine spektakuläre Aktion mit der wir hofften, eine gesellschaftliche Debatte in Gang zu setzen. Und ich meine, das haben wir im Übermaß geschafft: Wochen- und monatelang gab es kein anderes Thema - egal ob im Taxi oder beim Frisör. Da ist richtig was passiert!"

Die EMMA-Klage scheint folgenlos geblieben

Doch was ist wirklich passiert? 30 Jahre später gehören Plakate und Werbung mit nackten Frauen zum Alltag, die EMMA-Klage scheint folgenlos geblieben. EMMA's Sexismus-Klage kennt die Studentin Lydia Will nicht. Trotzdem geht der 21-jährigen das Frauenbild in den Zeitschriften einfach auf die Nerven. Und sie ist sich sicher: Alles nur wirtschaftliches Kalkül. "In der heutigen Werbung muss mehr geschockt werden. Man versucht immer mehr Tabus zu brechen und darüber immer bessere Werbestrategien zu fahren. Egal, für welches Produkt geworben wird - es wird meistens eine nackte Frau gezeigt." Alice Schwarzer sieht das ähnlich. "Werbung will nur mehr verkaufen, ist skrupellos und spielt auf allen Klaviaturen."

Sex sells?



Gilt denn tatsächlich pauschal: Sex sells? Bei Grey, einer der größten Werbeagenturen Deutschlands, sieht man das differenzierter. Geschäftsführer Uli Veigel kennt die Branche seit dreißig Jahren, für ihn ist klar: Sex in der Werbung ist unverzichtbar - solange es den Konsumenten gefällt. "Wenn man im Sex-Genre bleibt, dann muss es ästhetisch sein, es muss ansprechend sein, es muss feminin sein, es muss authentisch sein. Es gibt hoch ästhetische Fotos, klasse fotografiert. Dort, wo Sex Mittel zum Zweck ist, da kippt es sofort um. Und die Frauen sind die größte Gruppe im Sinne von Kaufkraft. Wenn wir die Frauen als Kaufkraftgruppe nicht ernst nehmen und kommunikativ nicht ordentlich behandeln, dann schlägt das zurück."

Verletzung der Menschenwürde

Eine empörte Kaufkraftgruppe - die Frauenbeauftragte Michaela Fahner hat erlebt, was sie bewirken kann. Eine Boulevardzeitung hatte auf

städtischen Werbeflächen in Bergisch Gladbach mit nackten jungen Mädchen geworben. Die Folge waren massive Proteste von Bürgern und Ratsmitgliedern, Sex auf städtischen Werbeflächen wurde zum Politikum. "Aufgrund dieser sexistischen Werbung hat es ganz viele Proteste von Bürgerinnen und Bürgern gegeben, die die Stadt erreicht haben. Und es gibt mittlerweile einen politischen Beschluss, der aussagt, dass sexistische und menschenverachtende Werbung in dieser Form nicht mehr im Stadtbild auftauchen soll." Auch Alice Schwarzer meint, "... dass eine überwältigende Anzahl von Frauen und auch eine steigende Anzahl von Männern ganz klar sieht, dass das eine Verletzung der Menschenwürde der Frauen ist. Und dass wir uns auch trauen müssen, das zu sagen, ohne Angst zu haben, Spielverderberinnen zu sein."

Protest gegen das kommerzielle Frauenbild



Protest gegen das kommerzielle Frauenbild findet Lydia Will wichtig, doch für sie muss sich vor allem in der Gesellschaft etwas ändern. "Ich wünsche mir für die Zukunft, dass erst einmal grundlegende Sachen geändert werden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit etwa, mehr Ausbildungsplätze für Frauen und mehr Jobs auf hohen Ebenen, die mit Frauen besetzt werden. Und dann denke ich, wenn Frauen irgendwann materiell unabhängig sein können, dass sich dann auch in Kunst, Werbung und Kultur das Frauenbild ändern wird."

Bis dahin ist die Studentin für Boykott: Zeitschriften und Produkte, die mit nackten Frauen werben, die lässt sie im Geschäft einfach liegen.

Das FrauenMädchenNetz NRW

hat anlässlich der Kommunal- und Bundestagswahlen 2009 und der Landtagswahlen 2010 ein Gleichstellungs-Quiz entwickelt mit dem wir auf unkonventionelle Weise mit Politikerinnen und Politikern ins Gespräch kommen wollen.

Mit Fragen aus allen Bereichen unseres Netzwerkes zeigen wir die Vielfalt frauenpolitischer Themen auf. Frauen- und Mädchenpolitik ist Gesellschaftspolitik und umfasst die globalen Interessen aller Menschen.

Wir laden Sie ein, Ihr Wissen über die Lebenssituation von Frauen und Mädchen in unserem Land zu überprüfen!



Welche der vier Mütter des Grundgesetzes kam aus Nordrhein-Westfalen?

- a) Frieda Nadig (SPD)
- b) Elisabeth Selbert (SPD)
- c) Helene Weber (CDU)
- d) Helene Wessel (Zentrumspartei)



Die Psychologin Janet Hyde von der Universität Wisconsin (USA) hat 2008 die Prüfungsergebnisse zweier in den USA weit verbreiteten Mathematik-Tests von über sieben Millionen Schülerinnen und Schülern der 2. bis 11. Klasse aus zehn US-Bundesstaaten ausgewertet. Was fand sie in ihrer Studie über die mathematische Begabung von Mädchen und Jungen heraus?

- a) In keinem Staat und in keiner Altersstufe gab es eine statistisch signifikante Differenz zwischen den Geschlechtern.
- b) Besonders komplexe Prüfungsaufgaben lösten die Mädchen im Durchschnitt gleich gut wie die Jungen.
- c) Besonders komplexe Prüfungsaufgaben lösten die Jungen im Durchschnitt besser als die Mädchen.



In wie viel Prozent aller Betriebe mit mehr als zehn Beschäftigten gibt es betriebliche oder tarifliche Vereinbarungen für eine familienfreundliche Arbeitszeit- und Arbeitsplatzgestaltung?

- a) in 3 %
- b) in 9 %
- c) in 25 %



außer b) alle. Elisabeth Selbert kam aus Niedersachsen.

Dachverband der autonomen Frauenberatungsstellen e.V.
www.frauenberatungsstellen-nrw.de

Der Paritätische Landesverband NRW e. V.
 Fachgebiet Frauenprojekte
www.paritaet.org

Deutscher Gewerkschaftsbund, Bezirk NRW
 Abteilung Arbeitsmarkt- und Frauenpolitik
www.dfgw.dgb.de

LAG autonome Mädchenhäuser/
 Feministische Mädchenarbeit
www.maedchenhaus-nrw.de

Landeskongress der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen und Universitäten, FH Köln
www.fakofnrw.fh-koeln.de

LAG autonomer Frauenhäuser NRW
www.frauen-info-netz.de

LAG autonomer Frauen-Notrufe in NRW
www.frauennotrufe-nrw.de

FrauenMädchenNetz NRW

Antwort 1

Gleichstellungssquizz

FrauenMädchenNetz NRW

Gleichstellungssquizz 2009

72



Antwort:

Das Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigt: Lediglich in **9 % aller Betriebe** mit mehr als zehn Beschäftigten gibt es betriebliche oder tarifliche Vereinbarungen für eine familienfreundliche Arbeitszeit- und Arbeitsplatzgestaltung. **Hinzu kommen freiwillige Initiativen bei 5 % der Betriebe.** In großen Betrieben sind Vereinbarungen oder Initiativen zur Chancengleichheit sehr viel häufiger zu finden als in kleinen, daher beschäftigen diese Betriebe knapp 30 % der Beschäftigten. Insbesondere Programme, die über die Möglichkeit von Teilleistungsstellen hinausgehen, wie etwa die Bereitstellung von Kinderbetreuung, werden aber vergleichsweise selten angeboten. Zudem sollte auch über Möglichkeiten einer zeitlichen Entzerrung von Karrierebildung und Familiengründung nachgedacht werden.

Der Abbau der geschlechtsspezifischen Berufswahl allein ist kein Patentrezept, um die Geschlechterungleichheit im Arbeitsmarkt aufzuheben. Zusätzlich bedarf es weiterer Maßnahmen, die auf eine Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen abzielen, und zwar gleichermaßen in Frauenberufen, gemischten Berufen und Männerberufen. Nicht zuletzt angesichts des prognostizierten Fachkräftemangels in einigen Männerdomänen und der damit verbundenen Chancen für Frauen ist es durchaus sinnvoll, mehr Frauen für geschlechtstypische Berufe zu gewinnen. Dazu reicht es allerdings nicht, für diese Berufe in der Berufsberatung der Arbeitsagenturen zu werben. Neben Reformen in Schule, Berufsausbildung und Studium müssen dazu vor allem die Arbeitsbedingungen von Frauen in diesen Berufen verbessert werden.

Weitere Informationen: DGB NRW, Abt. Frauenpolitik; LAG NRW; Die Spinnen e.V.

FrauenMädchenNetz NRW

Antwort 3

Gleichstellungssquizz 2009



Lösung: a) und b) ist richtig:

Mädchen sind im Durchschnitt mathematisch nicht weniger begabt als Jungen. Das geht aus einer in der Fachzeitschrift «Science» veröffentlichten Studie hervor. Das Forschungsteam hat Prüfungsergebnisse von über sieben Millionen Schülerinnen und Schülern der zweiten bis elften Klasse (zwischen 7 und 17 Jahren) aus zehn US-Bundesstaaten ausgewertet. In keinem Staat und in keiner Altersstufe fanden die Wissenschaftlerinnen eine statistisch signifikante Differenz zwischen den Geschlechtern. Das Forschungsteam stellte hingegen fest, dass die Leistungsdifferenzen unter den Jungen größer sind als unter den Mädchen. Es gibt also mehr männliche Schüler, die in Mathematik sehr gut oder sehr schlecht sind.

Die Studienleiterin Janet Hyde vermutet, dass Vorurteile bei Lehrkräften und Eltern der Hauptgrund dafür sind, dass Frauen in wissenschaftlichen, technischen und mathematischen Berufen untervertreten sind: «Klischeevorstellungen sind sehr, sehr hartnäckig und nicht leicht zu ändern. Wenn deine Mutter oder dein Lehrer denkt, dass du nicht gut rechnen kannst, hat das einen großen Einfluss auf dein Selbstbild.»

Weitere Informationen: LAG Mädchenarbeit in NRW; FUMA Fachstelle Gender

FrauenMädchenNetz NRW

Antwort 2

Gleichstellungssquizz 2009



Wie viel Prozent der weiblichen und wie viele männlichen Führungskräfte leben mit Kindern zusammen?

- a) 35 % weiblich und 30 % männlich
- b) 25 % weiblich und 40 % männlich
- c) 15 % weiblich und 15 % männlich



FrauenMädchenNetz NRW

Frage 4

Gleichstellungssquizz 2009

Wie viele Tage mussten berufstätige Frauen in Deutschland 2009 mehr arbeiten als ihre männlichen Kollegen, um den gleichen Durchschnittslohn wie diese im Jahr 2008 zu verdienen?

- a) Keinen Tag
- b) 12 Tage
- c) 53 Tage



FrauenMädchenNetz NRW

Frage 5

Gleichstellungssquizz 2009

Was ist Gender Budgeting bzw. was bedeutet es für kommunale oder nationale Regierungen?

- a) Eine Analyse von Haushaltsentscheidungen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Männer und Frauen
- b) Mehr Geld für Frauenprojekte!
- c) Mehr Haushaltstransparenz und geschlechtergerechte Partizipation an Haushaltsentscheidungen



FrauenMädchenNetz NRW

Frage 6

Gleichstellungssquizz 2009

Wie viele Frauen (und Männer) erleben aufgrund ihrer sexuellen Orientierung eine Ungleichbehandlung am Arbeitsplatz
(Studie von 2007)

- a) jede/r 5.
- b) jede/r 10
- c) jede/r 3.



FrauenMädchenNetz NRW

Frage 7

Gleichstellungssquizz 2009

Antwort: c)

Die Rechtslage ist seit mehr als 45 Jahren eindeutig: Grundgesetz und die EU-Richtlinie zur Lohnleichheit verbieten es, Frauen für gleiche oder gleichwertige Arbeit schlechter zu bezahlen als Männer. Die EU-Statistik belegt: Mit einem durchschnittlichen Verdienstabstand von 25 % liegen die Erwerbseinkommen der Frauen signifikant hinter denen ihrer männlichen Kollegen. Im europäischen Vergleich ist Deutschland eines der Schlusslichter. Die Gründe für Entgeltunterschiede zwischen Männern und Frauen sind komplex. Fakt ist, dass hierfür auch bestehende Rollenbilder und die Aufgabenverteilung in Familien ursächlich sind. Das Gleiche gilt für das Berufswahlverhalten von Männern und Frauen. Ursprünglich kommt die Idee für einen Equal Pay Day aus den USA, wo ihn die amerikanischen Business and Professional Women bereits Mitte der Neunziger Jahre etablierten. Der erste Equal Pay Day in Deutschland wurde von dem Business and Professional Women Germany e.V. (BPW) 2007 initiiert. Mit fast 180 Veranstaltungen in 120 Städten und Gemeinden war der Equal Pay Day am 20.03.2009 ein überwältigender Erfolg.

Weitere Informationen: DGB NRW, Abt. Frauenpolitik; LAG NRW; Die Spinnen e.V.



Antwort c)

In der Forschungsarbeit der Universität Köln "Out Im Office?" von Dominic Frohn aus dem Jahre 2007 über Diskriminierungserfahrungen am Arbeitsplatz gaben rund ein Drittel der befragten Frauen und Männer an, dass sie aufgrund ihrer sexuellen Orientierung eine Ungleichbehandlung im Job erlebt haben, zum Beispiel bei der Beförderung, der Wertschätzung oder dem Gehalt. Mindestens 10 % gelten als hoch diskriminiert. Homophobie geht – ähnlich wie Antisemitismus oder Rassismus – auf Vorurteile zurück, die aus Nichtwissen gespeist werden und die sich zu irrationaler Angst und schließlich zu Gewalttätigkeit steigern können.

Weitere Informationen: LAG Lesben in NRW



Antwort: b)

Die Führungskraftstudie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigt: Weibliche und männliche Führungskräfte leben in unterschiedlichen Familienstrukturen. **Nur ein Viertel der weiblichen, aber über 40 % der männlichen Führungskräfte leben mit Kindern zusammen.** Während sich Männer meist auf Partnerinnen stützen, die nicht oder nur in Teilzeit erwerbstätig sind, leben Frauen größtenteils mit Partnern zusammen, die voll-zeiterwerbstätig sind oder selbst eine leitende Funktion ausüben. In der IAB-Führungskraftstudie zeigt sich zwischen den Jahren 2000 und 2004 nur ein geringfügiger Anstieg des Frauenanteils in Führungspositionen. Zuwächse ergeben sich zudem nur für einige Gruppen: So waren bei Führungspositionen in Vollzeit und in hohen Leitungsfunktionen keine Gewinne zu verzeichnen. Frauen zwischen 30 und 49 Jahren konnten ihre Beteiligung an Führungspositionen ebenfalls nicht steigern und die Anteile von Frauen mit Kindern gingen sogar zurück. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist zu verbessern. Dabei sollte verstärkt über Maßnahmen nachgedacht werden, die Frauen und Männern nicht nur eine Erwerbstätigkeit im gewünschten Umfang ermöglichen, sondern auch ihre Karriereentwicklung fördern. Eine Angleichung der Arbeitsvolumen von Vätern und Müttern sollten verstärkt ins Visier genommen werden.

Weitere Informationen: DGB NRW, Abt. Frauenpolitik; LAG NRW; Die Spinnen e.V.



Antworten a) und c)

Vgl. Geschlechtergerechtigkeit durch Gender Budgeting? Überlegungen und Beispiele von Prof. Dr. Diane Elson und Prof. Dr. Brigitte Young, zwei international anerkannte Ökonominen.

(Broschüre der Heinrich Böll Stiftung vom Oktober 2002)

Weitere Informationen: Der Paritätische Landesverband NRW e.V.,
Fachgebiet Frauenprojekte; LAG Lesben in NRW;
LAG kommunaler Frauenbüros/Gleichstellungsstellen NRW



Aus welchem Land kommen die Mädchen/jungen Frauen, die am häufigsten Erfahrungen mit rassistischer Abwertung durch und im öffentlichen Leben der BRD gemacht haben?

- a) Türkei
- b) Griechenland
- c) Italien



FrauenMädchenNetz NRW

Frage 8

Gleichstellungssquizz 2009

Wieso erreicht Parteipolitik die Mädchen nicht?

- a) Fehlendes Interesse und unzulängliche Maßnahmen der Politik, Mädchen und junge Frauen für Parteipolitik zu gewinnen
- b) Desinteresse der Mädchen und jungen Frauen an traditionell organisierter Politik
- c) Strukturelle Barrieren (z.B. Aufstiegschancen)



FrauenMädchenNetz NRW

Frage 9

Gleichstellungssquizz 2009

Wie viel Prozent der 14- bis 17-jährigen Mädchen können der Aussage „Ich fühle mich wohl in meinem Körper“ zustimmen?

- a) 65%
- b) 46 %
- c) 33 %



FrauenMädchenNetz NRW

Frage 10

Gleichstellungssquizz 2009

Welchen Gruppen von Frauen, die in ihrer Wohnung Opfer von Gewalt wurden, wird die Finanzierung ihres Frauenhausaufenthaltes trotz Mittellosigkeit verweigert? (Mehrfachnennungen sind möglich)

- a) Auszubildende und Studentinnen
- b) Rentnerinnen
- c) Nichtdeutsche Frauen mit Freizügigkeitsbescheinigung
- d) Nichtdeutsche Frauen mit Wohnsitznahmebeschränkung
- e) Frauen ohne rechtmäßigen Aufenthaltsstatus
- f) Kinderlose Frauen



FrauenMädchenNetz NRW

Frage 11

Gleichstellungssquizz 2009

Voraussichtlich treffen **alle drei Antworten** zu sowie weitere Faktoren.

Die Shell Studie (2002: 214 ff) hat neben einer allgemeinen Politik- und Parteienverdrossenheit Jugendlicher festgestellt: Mädchen und junge Frauen sind seltener aktive Mitglieder in formal organisierten Vereinen, Parteien und Gewerkschaften.
Das weist auf komplexe Ursachen hin, die bisher empirisch nicht belegt sind.
(vgl. auch *Expertise zum 8. KJB NRW Debbing:44 und Gäs-Zäh/Tiltmann in: Hansenjürgen 2005:36*)

Weitere Informationen: FUMA Fachstelle Gender; LAG Mädchenarbeit NRW
LAG kommunaler Frauenbüros/Gleichstellungsstellen NRW
LAG autonome Mädchenhäuser/Feministische Mädchenarbeit



FrauenMädchenNetz NRW

Antwort 9

Gleichstellungsquiz 2009

Betroffen sind davon a, c, d und e

Die Frauenhäuser erhalten in der Regel nur Tagessätze für die Frauen, die Leistungsansprüche nach dem SGB II, SGB XII oder Asylbewerberleistungsgesetz haben. Die Kosten für alle anderen Frauen und ihre Kinder müssen aus Eigenmitteln und Spenden gedeckt werden. Die meisten Frauenhäuser können sich das nicht oder nur sehr eingeschränkt leisten. Daher fordern sie eine bundesweit einheitliche, institutionelle, und bedarfsgerechte Finanzierung.

Weitere Informationen: LAG Autonome Frauenhäuser NRW, LAG autonomer Frauen-Notrufe in NRW, Dachverband der autonomen Frauenberatungsstellen NRW e.V



FrauenMädchenNetz NRW

Antwort 11

Gleichstellungsquiz 2009

Antwort a)

Mädchen mit türkischem Migrationshintergrund sind in besonderer Weise von rassistischer Diskriminierung betroffen (72 % der Befragten). Zu diesem Ergebnis kommt die empirische Studie von Ursula Boos-Nünning und Yasemin Karakasoglu, die 950 durch die Jugendhilfe erfasste Migrantinnen zwischen 15 und 21 Jahren befragt haben.

(in: *Melter 2005:286 und „Gender Parcours“@ der Fachstelle Gender NRW*)

Weitere Informationen: FUMA Fachstelle Gender; LAG Mädchenarbeit NRW
LAG autonome Mädchenhäuser/Feministische Mädchenarbeit



FrauenMädchenNetz NRW

Antwort 8

Gleichstellungsquiz 2009

Antwort b)

46 % der befragten Mädchen und 62 % der befragten Jungen stimmten der Aussage „Ich fühle mich wohl in meinem Körper“ zu.
(in: *Heßling/Bode, Bzga-Forum 1/2006*)

Weitere Informationen: FUMA Fachstelle Gender; LAG Mädchenarbeit NRW
LAG autonome Mädchenhäuser/Feministische Mädchenarbeit



FrauenMädchenNetz NRW

Antwort 10

Gleichstellungsquiz 2009

Kennen Sie eine Frau in Ihrer engeren Umgebung, die sexualisierte Gewalt (im strafrechtlichen Sinne) erfahren musste?

- a) ja
- b) nein
- c) ich weiß nicht



FrauenMädchenNetz NRW

Frage 12

Gleichstellungssquizz 2009

Wie viele Frauen sind vom alltäglichen Sexismus betroffen?

- a) 10 %
- b) 50 %
- c) 100 %



FrauenMädchenNetz NRW

Frage 13

Gleichstellungssquizz 2009

Ehe ist keine Lebensversicherung. Scheidungsraten – in Deutschland wird mehr als jede dritte Ehe geschieden –, das neue Unterhaltsrecht, die Höhe der Witwenrenten und der eigenen Rentenansprüche von Frauen zeigen dies auf.

Wie hoch war die durchschnittliche Witwenrente im Jahr 2004?

- a) 758 Euro (West) und 553 Euro (Ost)
- b) 358 Euro (West) und 410 Euro (Ost)
- c) 553 Euro (West) und 758 Euro (Ost)



FrauenMädchenNetz NRW

Frage 14

Gleichstellungssquizz 2009

Ehe ist keine Lebensversicherung. Scheidungsraten – in Deutschland wird mehr als jede dritte Ehe geschieden –, das neue Unterhaltsrecht, die Höhe der Witwenrenten und der eigenen Rentenansprüche von Frauen zeigen dies auf.

Wie hoch war die durchschnittliche (eigenständige) Altersrente von Frauen im Jahr 2004?

- a) 467 Euro (West) und 663 Euro (Ost)
- b) 803 Euro (West) und 850 Euro (Ost)
- c) 663 Euro (West) und 467 Euro (Ost)



FrauenMädchenNetz NRW

Frage 15

Gleichstellungssquizz 2009

Antwort c)

Richtig ist, dass 100 Prozent der Frauen vom alltäglichen Sexismus betroffen sind.

Wer sich das alltägliche Leben ansieht, erkennt schnell, dass es für Frauen fast unmöglich ist, dem alltäglichen Sexismus zu entgehen oder ihm auszuweichen.

Darunter sind einerseits sexistische Werbung, Zeitschriftenartikel u. a. im öffentlichen Raum existierende Werbung sowie Fernsehsendungen zu verstehen. Andererseits geht es um das Verhalten von Männern (aber auch von Frauen), abwertende Kommunikation, sexistische Anmache bis hin zu physischen und psychischen Übergriffen mit unterschiedlichen Gewaltabstufungen.

Weitere Informationen:

LAG Autonome Frauenhäuser NRW, LAG autonomer Frauen-Notrufe in NRW, Dachverband der autonomen Frauenberatungsstellen NRW e.V.; LAG Wildwasser NRW



FrauenMädchenNetz NRW

Antwort 13

Gleichstellungsquiz 2009

Antwort a)

467 Euro (West) und 663 Euro (Ost)

Weitere Informationen:

DGB NRW, Abt. Frauenpolitik;
LAG kommunaler Frauenbüros/Gleichstellungsstellen NRW



FrauenMädchenNetz NRW

Antwort 15

Gleichstellungsquiz 2009

Die Wahrscheinlichkeit für a) und c) ist sehr hoch. Tatsache ist, dass jede siebte Frau sexuelle Gewalt im strafrechtlichen Sinne erlebt hat. Dies ergab eine repräsentative Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2004.

40 % der Frauen mussten körperliche oder sexuelle oder beide Formen von Gewalt erfahren, 58 % haben sexuelle Belästigung in unterschiedlicher Ausprägung erlebt. Alle Formen von Gewalt führten in hohem Maße zu psychischen Folgebeschwerden und gesundheitlichen Beeinträchtigungen.

Die überwiegende Anzahl der Fälle sexualisierter Gewalt findet im Übrigen im sozialen Nahbereich (Familie, Freundeskreis, Nachbarschaft) statt.

Weitere Informationen:

LAG Autonome Frauenhäuser NRW, LAG autonomer Frauen-Notrufe in NRW, Dachverband der autonomen Frauenberatungsstellen NRW e.V.; LAG Wildwasser NRW



FrauenMädchenNetz NRW

Antwort 12

Gleichstellungsquiz 2009

Antwort c)

553 Euro (West) und 758 Euro (Ost)

Weitere Informationen:

DGB NRW, Abt. Frauenpolitik;
LAG kommunaler Frauenbüros/Gleichstellungsstellen NRW



FrauenMädchenNetz NRW

Antwort 14

Gleichstellungsquiz 2009